

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5313

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5313



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
08. August 2025

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Jugendgewalt – ein Thema zum Wegschauen?

Wenn Realität auf Tabu trifft

von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG

In der öffentlichen Debatte gibt es Themen, über die man nur mit spitzen Fingern sprechen darf. Eines davon ist die Kriminalität von Jugendlichen ausländischer Herkunft in der Schweiz.

Während Politiker und Medien sich bemühen, die Debatte möglichst «differenziert» zu führen, erleben viele Menschen in den Städten und Randzonen längst eine andere Realität – eine, die oft verschwiegen, relativiert oder heruntergespielt wird.

Die Zahlen steigen – und mit ihnen die Verunsicherung

Die aktuelle Kriminalstatistik 2024 zeigt: Jugendgewalt nimmt zu. Schweizweit wurden über 48'000 Gewaltstraftaten registriert – ein Anstieg um 3,3 Prozent. Fast 4'000 Beschuldigte waren minderjährig. In Zürich, dem grössten Kanton, verzeichnete die Jugendanwaltschaft über 4'600 Fälle, viele davon wegen Diebstahl, Körperverletzung oder Bedrohung.

Die Zahl der Verfahren mit Freiheitsentzug hat ebenfalls zugenommen – ein klarer Hinweis darauf, dass es nicht nur um Bagatelldelikte geht. Wer heute durch Bahnhöfe, Schulareale oder Parks geht, kann beobachten, was sich in den Zahlen spiegelt: Wachsende Aggressivität, zunehmende Respektlosigkeit gegenüber Polizei, Lehrpersonen, Mitmenschen.

Ein Muster ist erkennbar – wird aber kaum benannt

Sobald man fragt, wer diese Taten verübt, wird es heikel. Doch Polizeiberichte und Erfahrungswerte aus Schulen und Sozialdiensten zeigen ein deutliches Bild: In zahlreichen Fällen handelt es sich bei Tätern um Jugendliche mit Migrationshintergrund – häufig aus Nordafrika, dem Balkan oder dem Nahen Osten. Oft sind es Gruppen, die sich in Macho- und Gewaltkultur verankern, sich kaum an Regeln halten und staatliche Institutionen offen verhöhnen.

Obwohl viele dieser Jugendlichen hier geboren sind, lehnen sie grundlegende Normen ab – und entwickeln ein Selbstverständnis, das sich bewusst gegen die Mehrheitsgesellschaft richtet. Es geht dabei nicht um Herkunft im biologischen Sinn, sondern um eine kulturelle Entfremdung, die sich in Sprache, Verhalten und Gewaltbereitschaft manifestiert.

Behörden schauen weg – oder schweigen

Während Polizeibeamte hinter vorgehaltener Hand längst von «ethnisch geschlossenen Jugendgruppen» sprechen, vermeiden offizielle Stellen meist jede konkrete Benennung. Das beginnt schon bei der Statistik: Die Polizeiliche Kriminalstatistik unterscheidet bei Jugendlichen oft gar nicht mehr zwischen Schweizern und Ausländern – oder zählt nur die Nationalität, nicht aber den Migrationshintergrund.

So entstehen Statistiken, die suggerieren, das Problem sei marginal oder gar nicht vorhanden. Doch wer mit Schulsozialarbeitern, Streetworkern oder Jugendrichtern spricht, hört etwas anderes: Dass dieselben Jugendlichen immer wieder auffallen. Dass sie sich der Justiz überlegen fühlen. Und dass Erziehung, Appelle oder pädagogische Angebote oft wirkungslos bleiben – weil jede Autorität systematisch untergraben wird.

Integration? Für viele nicht mehr als ein leeres Wort

Viele der betroffenen Jugendlichen leben in Parallelwelten. Die Schulen bemühen sich um Integration, aber wer in der Familie Gewalt, Misogynie und Abschottung erlebt, bringt diese Haltung mit in den Alltag. Schweizer Werte – Gleichberechtigung, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit – werden oft nicht nur ignoriert, sondern verspottet. Lehrerinnen berichten von offenen Drohungen, Sozialdienste von Verweigerung und die Polizei von völliger Respektlosigkeit.

Dabei wäre gerade das Jugendalter der richtige Zeitpunkt, Grenzen zu setzen. Doch das Strafrecht für Minderjährige ist oft zu lasch – und das Signal an die Täter klar: Du kannst Dir fast alles leisten, ohne echte Konsequenzen befürchten zu müssen. Wer mit 16 schon mehrfach Körperverletzungen begangen hat, sollte sich nicht hinter einem «pädagogischen Ansatz» verstecken dürfen.

Der Preis des Schweigens

Wer auf diese Missstände hinweist, wird schnell als ausländerfeindlich abgestempelt. Doch das Verschweigen hat seinen Preis: Die Glaubwürdigkeit der Behörden leidet, das Vertrauen der Bevölkerung schwindet – und die wirklich integrationswilligen Jugendlichen geraten unter Generalverdacht.

Wir brauchen in der Schweiz nicht eine «Kultur des Wegschauens», sondern des klaren Hinschauens. Ja, es gibt viele gut integrierte Jugendliche mit Migrationshintergrund. Sie verdienen Respekt. Aber ebenso gilt: Es gibt eine wachsende Gruppe

junger Männer, die durch Gewalt, Verachtung und Machtspiele auffällt – und die sich zunehmend außerhalb der gesellschaftlichen Regeln bewegt.

Fazit: Realismus statt Romantik

Die Kriminalität unter Jugendlichen mit ausländischer Herkunft ist 2025 ein reales Problem. Es ist nicht flächendeckend, aber es ist konzentriert – und für viele Betroffene im Alltag sehr konkret spürbar. Wer diese Realität beharrlich leugnet, riskiert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Was es jetzt braucht, ist eine Kombination aus klarer Benennung, entschlossener Strafverfolgung und ehrlicher Integrationspolitik. Dazu gehört auch, dass man sagt: Wer unsere Regeln dauerhaft missachtet, wer durch Gewalt auffällt und keine Bereitschaft zur Integration zeigt, hat in unserem Land keinen Anspruch auf Nachsicht und auch kein Bleiberecht!

Ebenso muss die Einbürgerung auf Probe eingeführt werden. Die Statistiken müssen auch genaue Angaben über Straftaten von Eingebürgerten enthalten. Personen, die in den ersten zehn Jahren nach der Einbürgerung Straftaten begehen, müssen separat erfasst und aufgelistet werden.

Denn Toleranz ist keine Einbahnstraße. Und auch eine offene Gesellschaft muss sich selbst schützen. Dies wäre die edelste Aufgabe des Staates.

Andreas Glarner